

8 Uhr
straße

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM (halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Befreiungsgeld) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Gutenbergstraße 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Str. 11 / Dresden-L. / Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtamtstr.: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Montag, den 25. Oktober 1926 Nummer 238

Einberufung des Kongresses der Werttätigen und der ersten Reichskonferenz der Erwerbslosen Deutschlands

Im Auftrage der im Ausschuss für die Vorbereitung des Kongresses der Werttätigen vertretenen Organisationen heissen wir hiermit den

Kongress der Werttätigen für den 3., 4. und 5. Dezember nach Berlin

Die Tagesordnung lautet:
1. Kriegsgefahr, Nationalisierungsstrife und der Kampf des werttätigen Volkes um seine Existenz. (Referent: Fritz Hedert, N. d. K. und Vorsitzender des Ausschusses.)
2. Der gemeinsame Kampf der Arbeiter in den Betrieben mit den Erwerbslosen. (Referent: Phil. Fels, Vorsitzender des Landeserwerbslosenvereins für Frankfurt-Hessen.)
3. Die Notlage des werttätigen Mittelstandes und der armen Bauern. (Referent: Wilh. Roenen, N. d. K. und Ernst Puh, Vorsitzender des Bundes der schaffenden Landwirte.)
4. Steuerpolitik, Aufwertungs- und Mieterfragen. (Referent: H. Klein, N. d. K.)
5. Die Verwirklichung der Volksgesundheit durch Antirepressivem und Massenarbeitslosigkeit. (Referent: Dr. Klauber.)
6. Organisatorische Aufgaben.
Delegationsrecht haben alle Organisationen der werttätigen Bevölkerung Deutschlands, sowohl die zentralen

Leitungen, die Bezirks- oder Gaubehörden, wie auch Mitgliederparlamenten aller Arbeiter, Angestellten- u. Beamtenorganisationen und Gewerkschaften und Genossenschaften, Erwerbslosenorganisationen und Ausschüsse, Betriebsbeiräte der Großbetriebe und zusammengefaßten Kleinbetriebe, Betriebsräte und deren Vollversammlungen.

Sozialistische, sozialdemokratische, republikanische, pazifistische und christlich-soziale Organisationen, resp. Parteien und Ligen, Frontkämpferverbände (wie Reichsbanner und KFB), Verbände und Vereinigungen der Handel- und Gewerbetreibenden, Mieter-, Sparers- und Aufwertungsverbände, Kultur- und Sportverbände, Rentner-, Kriegsopfer-, Gesundheits- und Samariter-Organisationen, bäuerliche Organisationen (Bauernbünde, bäuerliche Genossenschaften, Dorfgemeinden), Städte-, Gemeinde- und Dorfverwaltungen.
Der Delegationsmodus ist allen beteiligten Organisationen zugegangen. Er ruht auf Wunsch allen Interessenten bei den Bezirksausschüssen und beim Sekretariat des Reichsausschusses, Berlin, Choriner Straße 39, zur Verfügung.

Der Ausschuss zur Vorbereitung des Kongresses der Werttätigen
J. H. Fritz Hedert, Vorsitzender.

Im Auftrage der Erwerbslosenkongresse von Berlin-Brandenburg, Halle-Merseburg, Groß-Hamburg, heissen wir die

Erste Reichskonferenz der Erwerbslosen Deutschlands für den 1. und 2. Dezember nach Berlin

Die Tagesordnung lautet:
1. Die Bedeutung der Massenarbeitslosigkeit für die deutsche Arbeiterklasse und der Kampf um Arbeit und Brot. (Referent: Wilh. Fied, N. d. K.)
2. Die sozialpolitischen und rechtlichen Fragen und Forderungen der Erwerbslosen. (Referent: Max Frenzel.)
3. Organisatorische Aufgaben. — Die Wahl eines Reichserwerbslosenausschusses.
Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Erwerbslosendelegierte des Kongresses der Werttätigen und die gewählten Delegierten sämtlicher Bezirks- oder Landesauschüsse der Erwerbslosen Deutschlands.

Der Provinzialausschuss der Erwerbslosen und betriebsständigen Arbeiterschaft von Berlin-Brandenburg und Lausitz
J. H. Fritz Philipp.

Schandurteil der Klassenjustiz

3 Monate Gefängnis für unseren verantwortlichen Redakteur.
Vor dem Schöffengericht fand heute auf dem Mühlener Platz die Verhandlung gegen unseren verantwortlichen Redakteur, den Genossen Willh. Schneider, Freitag, wegen Beleidigung gegen § 8 des Reichsverfassungsgesetzes und § 183 des Strafgesetzbuches wegen angeblicher Beleidigung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung statt. Als Vorsitzender wirkte der bekannte Amtsgerichtsdirektor W. H. Lehmann und als Schöffen die Frau des bekannten deutschnationalen Rechtsanwaltes Dr. Kohnemann und ein ehemaliger Mittweiler Seifert aus Kötzsch. Die Anklage gründete sich auf das in der „Arbeiterstimme“ vom 20. Juli erschienene Gedicht „Mittweil Hund“. Eine Karikatur aus dem „Sunderland“. Am Kopf des Gedichtes war eine Bulldogge abgebildet, die die charakteristischen Gesichtszüge des Reichspräsidenten von Hindenburg trug. In dem Gedicht und in dieser Abbildung sah das Gericht eine Beleidigung der Reichsregierung und Verurteilung des Genossen Schneider zu 3 Monaten Gefängnis.

Genossen! Macht diesen Anschlag der Klassenjustiz doch durchwagt, daß ihr die Werbung für eure Sache während des Weltkampfes um das doppelte Heiligt.

Um Wilhelms Rückkehr

Die bürgerliche Presse beginnt eine systematische Kampagne, um die Rückkehr zum Kaiser von der ersten Seite für die nächste Zeit herbeizuführen. Die „Völkische Zeitung“ vom Sonntag bringt eine Mitteilung, wonach in der Reichsregierung die Vorbereitungen für eine mögliche Rückkehr Wilhelms II. nach Deutschland im Gange seien. Die „Völkische Zeitung“ behauptet, daß die einmütige Auffassung des Reichsausschusses dahingehende (1), daß eine Rückkehr des Kaisers nach Deutschland als „Reichsmann“ höchst unerwünscht wäre und von der Regierung nicht gestattet werden könne. Im Rückblick trage man sich mit dem Gedanken, die Rückkehr des Kaisers durch eine Verleumdung des Reichsausschusses oder durch andere geschickte Maßnahmen zu verhindern. Heute morgen nimmt dazu die bürgerliche Presse Stellung. Der „Dresdner Anzeiger“ meldet, daß alle Voraussetzungen vorliegen, daran zu zweifeln, daß wirklich eine einmütige Stellungnahme des Gesamtausschusses auf eine so schroffe Form zustande gekommen sei. Eine formale Resolution habe über diesen Gegenstand überhaupt nicht stattgefunden. So handele es sich vielmehr um eine persönliche Äußerung einzelner Mitglieder des Reichsausschusses. Diese Meldung des „Dresdner Anzeigers“ bekräftigt auch die „Berliner“ die erklärt, daß auch derjenige, der seine Meinung hat, den früheren Kaiser unter ein Sonderrecht zu stellen, doch immerhin wünschen möchte, daß sein Einverständnis nicht in einer Zeit fällt, die ohnehin mit Problemen reichlich überlastet ist. Da dieser Zeit wird bekannt, daß die großausgemachte Meldung, wonach der deutsche Völkischer in Paris von hoch in einer Unterredung mit dem Reichsausschuss die Zustimmung der Reichsregierung gegeben habe, daß die deutsche Regierung eine Rückkehr Wilhelms II. nicht gestatten werde, nicht den Tatsachen entspricht.
Die Meldungen der bürgerlichen Presse, die da erklären, daß an eine Rückkehr Wilhelms II. nicht gedacht werden könne, sind ein wahrer Schwindel. Die Arbeiterklasse wird darauf nicht hereinfallen. Die Arbeiterklasse bleibt auf der Hut.

Landtagswahlen und Jugend

St. In den kommenden Wahlen werden auch zehntausende Jungwähler teilnehmen. Viele werden unter ihnen sein, die überhaupt zum ersten Male wählen. Aber über den Kreis der eigentlichen Jungwähler weit hinaus haben die Landtagswahlen eine große Bedeutung für die gesamte Arbeiterjugend.
Die Arbeiterjugend leidet schon unter den Folgen der kapitalistischen Rationalisierung: Massenarbeitslosigkeit, drohende Arbeitsdienstpflicht, verheerende Ausbeutung, verminderte Ausbildung, Reaktion in der Schule und Fortbildungsschule, unbeschränkte Rechte der Lehrherren und Meister kennzeichnen ihre Lage. Die Landtagswahlen sollen aber für uns mit einem Abschluß, eine Waffe im Kampfe gegen die kapitalistische Rationalisierung dar, der sich gegen alle diese Geleiten des Kapitalismus wendet. Deshalb sind sie auch für die ganze arbeitende Jugend von höchstem Interesse.

Was hat der alte Landtag für die Jugend getan? Im April hat sich eine Delegation der Arbeiterjugend Sachsen mit einem Programm von dringenden Forderungen in den Landtag begeben. Damals haben sich die linken Sozialdemokraten mit Recht an der Spitze für diese Forderungen erklärt und beschließen teilen sogar Teile aus der KPD. Aber nur die Kommunisten nahmen die Forderungen ernst und brachten einen Antrag für einen Gehaltentwurf zum Schutze der arbeitenden Jugend ein. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss zugewiesen. Und dort liegt er noch heute begraben.

Wie „anzu“ es der Sozialdemokratie, KPD sowohl wie „linken“ Sozialdemokratie um die Fragen der Jugend zu tun war, sehen wir daran, daß sich in ihren Wahlprogrammen nicht der geringste Hinweis auf den Schutze der arbeitenden Jugend befindet. Niemand wird das bei den KPD-Parteien wundernehmen. Aber wo bleibt die „linke“ Sozialdemokratie, die durch Fritz Rand der Delegation der Arbeiterjugend erklärte, daß sie die Forderungen natürlich annehmen werde?
Zum Unterschiede davon macht die KPD in Zusammenarbeit mit dem KPD diese Wahlkampagne auch zu einer Kampagne für die Forderungen der arbeitenden Jugend. In diesem Zusammenhang ist es nützlich, noch einmal die Forderungen der arbeitenden Jugend ins Gedächtnis zu rufen, so wie sie in dem Landtagsantrag niedergelegt waren:

1. Verbot der Kinderarbeit bis 14 Jahren.
2. Die tägliche Arbeitszeit für das Alter von 14 bis 18 Jahren auf sechs Stunden und über 18 Jahren auf acht Stunden, den Arbeitsschluß an Sonnabenden vor Feiertagen auf mittags 12 Uhr.
3. Erwerbslosenerstützung in ausreichender Höhe auch für die aus der Schule Entlassenen.
4. obligatorischen Erholungsurlaub von vier Wochen für Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren und drei Wochen für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren und Fortzahlung des Lohnes.
5. Schaffung von Jugend-Erholungsheimen und Jugendheimen, die den Jugendlichen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen sind.
6. Aufhebung der Zwangsarbeitspflicht.
7. Unterricht in den Fortbildungsschulen auf Wochentagen, und zwar in die Arbeitszeit unter Fortzahlung des Lohnes.
8. Religionsunterricht in den Fortbildungsschulen auszuscheiden.

9. In den Fortbildungsschulen Schülerräte und Klassenvereinsratsleute zur Ausübung des Mitbestimmungsrechtes der Fortbildungsschüler und Fortbildungsschülerinnen.
10. Bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die gleichen Bestimmungen zum Reichsgesetz erhoben werden und zum Schutze der Jugend diejenigen der strengsten Bestrafung zugeführt werden, die gegen Reichs- und Landesgesetz verstoßen.

Es ist notwendig, diese Forderungen heute in gewissem Sinne noch etwas zu ergänzen.

Wir fordern die Erhöhung der bestehenden Unterstützungssätze für erwerbslose Jugendliche.

Wir fordern die gesetzliche Festlegung des Prinzips von Mindestlöhnen für die Jugendlichen, die dem Existenzminimum entsprechen, dies vor allem für die Lehrlinge.

Wir fordern die Abschaffung des schändlichen Paragraphen 127a der Gewerbeordnung, welcher dem Lehrherren und Meister das Recht der Juchigung über den Bezirk gibt.

Wir fordern schärfsten Kampf gegen Reaktion in Schule und Fortbildungsschule.

Wir fordern Schritte zu einer wirklichen Berufsausbildung der Jugendlichen im Betriebe durch Errichtung von Lehrlingsabteilungen und Werkstätten in den Betrieben. Wir fordern, das solche Schritte vor allem für jugendliche Arbeitslose unternommen werden. Doch muß die Ausbildung und Arbeit unter Kontrolle der Gewerkschaften erfolgen und gemäß Tariflöhnen bezahlt werden.

Wir fordern schärfsten Kampf gegen alle Willkür bei jugendliche Arbeitslose und alle verdorbenen und offenen Versuche zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht.

Für diese Forderungen treten wir in diesem Wahlkampfe wie überhaupt in unserem Kampfe zur Abwehr der kapitalistischen Nationalisierung auf und diese Forderungen werden wir auch im neuen Landtag geltend machen. Ein weites Feld öffnet sich hier für unsere Partei und unseren Jugendverband. Hinausgehen und die Massen der arbeitenden Jugend zum Kampfe für diese Forderungen aufzurufen.

In diesem Kampfe sind die Landtagswahlen nur ein Abschnitt. Das Schwergewicht wird auf dem außerparlamentarischen Kampfe liegen.

Der Kongress der Werttätigen wird auch dem Kampfe der Arbeiterjugend verleiht Macht und Richtung geben. Schon jetzt es sich abzeichnen in der Arbeiterjugend Sachsen nicht nur mit Hinblick auf die Landtagswahlen, sondern auch des Werttätigen-Kongresses. Schon bereiten sich in Ostpreußen und Westfalen Kongresse der arbeitenden Jugend vor.

Sineis in den Kampf für die Forderungen der arbeitenden Jugend! Auf mit der Einheitsfront zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern! Und die volle Macht der Massen gesammelt, um den neuen Landtag zu zwingen, die Fragen des Jugendbeschusses und Jugendrechtes aus ihrer Vergessenheit zu holen und ihnen die ernste Beachtung zu widmen, die sie verdienen!